

## 57. SGB-KONGRESS 2022

---

Rede von Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB  
Es gilt das gesprochene Wort

### **Rückblick auf eine historische Kongressperiode**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Der Tätigkeitsbericht des SGB für die Periode 2018-2022 wird von den Historikerinnen und Historikern wahrscheinlich etwas aufmerksamer gelesen als andere. Das hat nicht unbedingt mit uns zu tun, sondern mit der Zeit, die hinter uns liegt. Wir hätten nie gedacht, dass wir eine Situation erleben, in der 1,5 Millionen Menschen Kurzarbeit anmelden müssen. Wir hätten nie gedacht, innerhalb weniger Tage eine Sozialversicherung für selbstständig Erwerbstätige aus dem Boden stampfen zu müssen, um Zehntausenden von Menschen ein Einkommen zu sichern. Wir hätten nie gedacht, dass das soziale Leben, die Schulen, die Kultur zum Erliegen kommen würden.

Die Reaktion der Staaten auf die Epidemie wird noch jahrzehntelang für medizinische und epidemiologische Debatten sorgen. Sie war aber auch eine enorme wirtschaftliche Herausforderung. Und ich bin der Meinung, dass wir diese Herausforderung mit Ernsthaftigkeit, Disziplin und Solidarität gemeistert haben.

Wir waren die ersten, die den Bundesrat aufforderten, die Sozialpartner zusammenzubringen. In der Folge waren wir die einzigen, die einen konkreten Aktionsplan vorlegten, der sich auf massive Erleichterungen im Bereich Kurzarbeit und die Schaffung einer Taggeldversicherung für selbstständig Erwerbstätige stützte. Der Bundesrat verstärkte diese Massnahmen mit einer effizienten Darlehensregelung. Ausserdem haben wir Massnahmen für Härtefälle gefordert und auch erreicht – diese waren insbesondere im Kulturbereich unumgänglich.

Ausserdem haben wir erreicht, dass besonders gefährdete Arbeitnehmende geschützt und entschädigt werden können. Schliesslich ist es uns gelungen, eine bessere Entschädigung für Geringverdienende in Kurzarbeit durchzusetzen.

Als das Parlament seine Tätigkeit einstellte, waren die Sozialpartner die einzigen regelmässigen Ansprechpartner des Bundesrats. Dies bedeutete beispielsweise, sonntags an einer vom Bundesrat kurzfristig anberaumten Sitzung teilzunehmen und zu den Massnahmen konsultiert zu werden, die der Bundesrat betreffend den Kanton Tessin ergreifen wollte, der mehr Branchen dichtgemacht hatte, als in der Bundesverordnung vorgesehen war. Der Bundesrat wollte den Kanton Tessin sanktionieren, um seine Autorität in der Bewältigung der Krise zu bewahren. Ich fragte: «Sie wollen doch nicht etwa die Armee schicken?». Darauf antwortete eine Bundesrätin: «Eigentlich hatten wir eher vor, sie abzuziehen...». Glücklicherweise werden in unserem Land die institutionellen Machtverhältnisse mit Zurückhaltung gehandhabt. Schliesslich plädierten wir für eine flexible Lösung, die einen

gewissen Spielraum für Anpassungen in Kantonen zulies, in denen die Situation angespannter war als in anderen.

In dieser Krise zeigten wir uns konstruktiv und vermieden unnötige Polemik, indem wir uns auf unsere Rolle als Gewerkschaften konzentrierten, bei der die soziale Sicherheit der Menschen im Vordergrund steht.

Ihr musstet vor Ort präsent sein und unsere Mitglieder und alle, die sich um ihre Gesundheit sorgten und nicht wussten, wie sie Ende Monat über die Runden kommen, unterstützen und sie beraten. Im Gesundheitswesen musstet ihr rigoros eingreifen und verlangen, dass die Schutzmassnahmen eingehalten werden, das Personal aufgestockt wird und wir in dieser Krise von der dogmatischen Einzelleistungsvergütung abrücken. Im Bildungswesen und in der Kinderbetreuung habt ihr die Mitarbeitenden begleitet, die mit immensen Herausforderungen zu kämpfen hatten und dabei stets die für die Kinder und Familien dringend notwendige Aufrechterhaltung des Service public im Auge behalten mussten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können auf die Leistung der Schweizer Gewerkschaftsbewegung in dieser unglaublichen Zeit stolz sein. Es gab Unsicherheiten, Spannungen, Zweifel und interne Debatten. Aber wir haben sie verantwortungsvoll und solidarisch gemeistert und alles daran gesetzt, damit die Schweiz diese Krise mit möglichst wenigen sozialen und menschlichen Schäden übersteht.

In der Periode 2018-2022 hat uns ein weiteres wichtiges Thema beschäftigt und wird uns weiter beschäftigen: die Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang muss klar und deutlich gesagt werden: Es geht hier nicht um die Frage, ob wir Europäerinnen und Europäer sein wollen oder nicht, ob wir an einer demokratischen Werte- und Schicksalsgemeinschaft teilhaben wollen oder nicht. Es geht auch nicht um die Frage, wie wir gemeinsam Demokratie, Menschenrechte und soziale Rechte fördern können. Dieser Herausforderung stellen wir uns die ganze Zeit. Unser Internationalismus steht hier nicht zur Debatte. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine handeln wir solidarisch mit unseren europäischen und ukrainischen Kollegen. An der Seite von Vania Alleva sind wir an der Grossdemonstration in Zürich in eurem Namen zuvorderst mitmarschiert und forderten, dass die Schweiz sich den europäischen Sanktionen gegen Russland anschliesst. Ebenso fordern wir, dass die Schweiz den Iran sanktioniert, nicht nur, weil er Drohnen nach Russland liefert, sondern auch, weil dieses barbarische Regime, das seine eigenen Kinder mit Faustschlägen und Gewehrsalven ermordet, endlich gestürzt werden muss.

Beim Rahmenabkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es jedoch nicht um Menschenrechte und Internationalismus, sondern ums Geschäfte machen und um den Freihandel. Es geht um das Risiko, die Liberalisierungskur, die sich Europa in den letzten zwanzig Jahren verordnet hat, auch in der Schweiz durchzusetzen, vor allem im Bereich der Löhne und des Service public. Und dies, obwohl die Europäische Union selbst allmählich erkennt, dass dieser Weg zum Scheitern verurteilt ist und sie versucht, ihn zu ändern. Weshalb sollten wir die Logik des Verbots staatlicher Beihilfen und den Schaden, den dieses Verbot dem Service public zufügt, übernehmen, wenn die EU und auch Deutschland Pläne für Hunderte von Milliarden an öffentlichen Investitionen in die Wirtschaft beschliessen? Wie können wir hinnehmen, dass unser Lohnschutz geschwächt wird, wenn die EU selber mit ihrer Richtlinie über Mindestlöhne und der Einführung von Gesamtarbeitsverträgen in der gesamten Arbeitswelt einen Kurswechsel vornehmen will?

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union werden immer noch von einer bürokratischen und dogmatischen Logik geprägt, die längst ausgedient hat. Sie wird natür-

lich von einem Teil der Schweizer Wirtschaftselite unterstützt, die sich seit langem weitere Liberalisierungsschritte unserer Wirtschaft wünscht und daran verzweifelt, dass es ihr wegen uns nicht gelingt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns noch einmal betonen: Wir werden nicht nachgeben. Wir sind für ein Abkommen, das auf Solidarität, den sozialen Rechten der Arbeitnehmenden und konkreten Kooperationen beruht. Wir werden aber auf keinen Fall eine Schwächung des Lohnschutzes, der Arbeitsbedingungen und des Service public hinnehmen.

Abschliessend möchte ich auf ein drittes Thema eingehen, das in dieser Zeit prägend war: der soziale Kampf um Renten und Löhne und unsere feministische Sicht auf diesen Kampf. Die Zeit, die wir gerade erlebt haben, hat die stärkste soziale Bewegung in der Schweiz seit dem Generalstreik hervorgebracht. Ich meine damit natürlich den Frauenstreik vom 14. Juni 2019. Zwischen einer halben und einer Million Frauen und solidarischen Männern haben an diesem Tag unter dem Motto «Lohn. Zeit. Respekt.» demonstriert.

Der SGB und seine Verbände waren massgeblich an der Lancierung und der Organisation dieser historischen Bewegung beteiligt. Ihr, die Frauen des SGB, habt einen bleibenden Eindruck hinterlassen und eine wichtige Referenz für künftige Kämpfe geschaffen. Sie wird sich in Tausenden kleinen oder grossen Fortschritten äussern, sei dies an den Arbeitsplätzen, im Kampf gegen häusliche Gewalt oder beispielsweise in einer Neudefinition des Begriffs der Vergewaltigung im Strafrecht. Sie ist ein Meilenstein in diesem gewaltigen Kampf für die menschliche Emanzipation, einem der grössten Kämpfe, der noch vor uns liegt: Der Kampf, den die jungen Mädchen und Frauen im Iran führen, damit sie ihre Körper und ihre Träume nicht länger verdecken und verleugnen müssen, aber auch der immer wieder neu lancierte Kampf der Frauen in den USA und anderswo für das Recht auf Abtreibung. Dieser grosse Kampf für die Befreiung der Frauen und die Gleichberechtigung muss weltweit noch zu Ende geführt werden.

Dieser Kampf für die Gleichstellung stand im Zentrum unserer Kampagne gegen die Reform AHV 21. Er hat eines klar gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Kampf für die Gleichberechtigung von Frau und Mann wird auf dem rauen und konkreten Terrain der sozialen Ungleichheiten entschieden. Hier ist der Kampf aufgrund der Scheinheiligkeit und unverhohlenen Klassenverachtung noch schwieriger. Während dieser Kampagne mussten wir beispielsweise im Tages Anzeiger diese haarsträubende Schlagzeile lesen: «Starke Frauen sagen Ja zu einem höheren Rentenalter». Wie bitte? Ist der Tages Anzeiger der Meinung, dass die zwei Drittel der Frauen in unserem Land, die dagegen gestimmt haben, schwach sind? Sind die Verkäuferinnen, die Pflegefachfrauen, die Uhrmacherinnen, die jahrzehntelang für einen ungerechten Lohn gearbeitet und die Kinder dieses Landes erzogen haben, wirklich schwache Frauen? Nein, natürlich nicht. Der Tages Anzeiger hat sich im Adjektiv geirrt. Er wollte wohl schreiben: «Reiche Frauen sagen Ja zur Reform AHV 21».

Denn genau dies hat sich an der Abstimmung gezeigt. Es gab einen Graben zwischen Frauen und Männern, einen sprachlichen Graben, aber auch und vor allem einen Graben zwischen den sozialen Klassen. Diese Abstimmung wird tiefe und schmerzhaft Spuren hinterlassen, auch wenn die Medienmacht, die vorbehaltlos für diese Vorlage geworben hat, es sehr eilig hat, das Thema zu wechseln. Mit dem Aufreissen dieser Gräben haben der Bundesrat und die grossen Machtzentren der Schweiz unverantwortlich gehandelt. Bei einer derart sensiblen und existentiellen Frage muss nach Kohäsion und Kompromissen gesucht werden. Es darf nicht sein, dass dem weiblichen, aktiven Teil der Bevölkerung, der für ein bescheidenes oder mittleres Einkommen arbeitet, mit der Brechstange ein sozialer Rückschritt aufgezwungen wird.

Wir hatten die Mehrheit der Arbeitnehmenden auf unserer Seite. Dies ist umso wichtiger, als beinahe ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung in der Schweiz kein Stimmrecht hat und er zweifels- ohne noch viel massiver gegen diese schlechte Reform gestimmt hätte. Wir haben aufgezeigt, dass diese direkt betroffenen Personen eine Erhöhung des Rentenalters als Mittel für die Finanzierung des künftigen Bedarfs der Altersvorsorge ablehnen. Das ist ein sehr wichtiges Resultat. Wenn die Frauen und Männer gemeinsam mit einem neuerlichen Vorschlag zur Erhöhung des Rentenalters konfrontiert werden, wissen wir, dass wir selbst gegen die gesamten Rechte, alle Wirtschaftskreise und die gesamte Presse eine gewaltige Kraft hinter uns haben. Dies sollte alle Parteien zum Nachdenken bringen, bevor sie eine Volksabstimmung wagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen erst am Anfang dieses Kampfes für die AHV. Wir sind gut aufgestellt. Wir haben Widerstandskraft und Offensive an den Tag gelegt. Wir haben die Initiative für eine 13. AHV-Rente eingereicht, die zeigt, dass unsere Strategie angesichts der Herausforderungen der Altersvorsorge in der Stärkung der ersten Säule besteht, was am wirkungsvollsten und kostengünstigsten ist, um den Arbeitnehmenden, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, gute Renten zu sichern.

Mit unserer Lohnoffensive geht die Periode 2018-2022 kämpferisch und vor Ort zu Ende. Bereits im Sommer haben wir vehemente Forderungen vorgebracht. Sie haben eine Reihe von Reaktionen der Arbeitgeberverbände hervorgerufen. Sie wollen uns weismachen, dass wir zum «Business as usual» zurückgekehrt seien und die diesjährigen Lohnverhandlungen «wie alle anderen» verlaufen würden. Wir setzen diese Offensive weiter, indem wir fordern, dass der Weg der Berufslehre auch über den Lohn aufgewertet wird: wer eine Lehre gemacht hat, muss wenigstens 5000 Franken im Monat verdienen.

Eure Arbeit in den verschiedenen Branchen führte schon zu zahlreichen erfolgreichen Abschlüssen. Viele Ergebnisse nähern sich der Teuerung an oder liegen sogar darüber, beispielsweise in Flughäfen und bei Fluggesellschaften, in der Uhrenindustrie, in der Reinigung, dem Gastgewerbe und in mehreren öffentlichen Einrichtungen. Die Ergebnisse im Bauwesen, Gewerbe, in der Industrie und insbesondere bei den Banken stehen noch aus. Ihr seid in den Branchen aktiv, indem ihr verhandelt und auch kämpft, wenn es nötig ist. Die Maurer machen es uns vor, wie heute auch die Pflegefachpersonen. Wir kämpfen dort, wo man uns erwartet. Darauf kommt es an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war mein Rückblick auf die Zeit seit unserem letzten Kongress. Auf die Herausforderungen der Zukunft werde ich morgen vor den Wahlen eingehen. Neben den politischen und gewerkschaftlichen Herausforderungen werde ich auch etwas zu unserer Organisation und zu unserer Verbandspolitik sagen. Heute möchte ich mich bei euch allen für euren Empfang und für eure Unterstützung während dieser intensiven Zeit bedanken. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Präsidialausschusses für die intensive und wertvolle Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gilt Barbara Spalinger, Stefan Giger und Giorgio Tuti, die den Ausschuss bereits verlassen haben oder ihn zum Jahresende verlassen werden. Vania Alleva, die eine aufmerksame und solidarische Vizepräsidentin ist. Und ein grosses Dankeschön geht an das Sekretariat des SGB und an seinen Leiter Daniel Lampart. Ihr alle leistet eine hervorragende Arbeit!

Danke für eure Aufmerksamkeit.